

Technologie, Strategie, Harmonie?

China auf dem Weg zur digitalen Weltmacht

Julia Staudt | Eigentlich fanden meine Arbeitsaufenthalte in Kolumbien, Deutschland und Frankreich statt. Und dennoch betrifft das für mich persönlich dringlichste Thema des Jahres ein ganz anderes Land: China. Bei einem Kolleg-Besuch beim Berliner MERICS Institute for China Studies im September wurde ich – wie viele von uns – aus dem gedanklichen Trott der vorhergegangenen Tage gerissen. Plötzlich stand ein Land im Mittelpunkt, das bei keinem unserer Gespräche mit Politikern und Wissenschaftlern zuvor eine Rolle gespielt hatte. Und doch faszinierte uns augenblicklich, was bei unserer Diskussion mit Sebastian Heilmann, dem Direktor von MERICS, deutlich wurde: Keine andere Regierung der Welt weiß den digitalen Wandel so strategisch und vorausschauend für sich zu nutzen wie Peking. Während China in rasantem Tempo Gesellschaft, Regierung und Wirtschaft transformiert, geht der damit verknüpfte Verlust unserer humanitären Werte völlig an der internationalen Gemeinschaft vorbei. Eigentlich wäre es höchste Zeit, den Aufstieg Chinas zur digitalen Weltmacht zu verstehen und mitzugestalten.

Die chinesische Regierung entwickelt derzeit in rasantem Tempo ein digitales soziales Ranking-System. Wir alle hinterlassen permanent digitale Spuren – der GPS-Tracker des Smartphones zeichnet zu schnelles Fahren auf, E-Commerce verrät Kaufvorlieben, und via Online-Banking legen wir unser Finanzverhalten offen. Diese Daten wertet die chinesische Regierung zukünftig systematisch aus, um bis 2020 einen darauf basierenden ökonomischen und sozialen Status für Bürger und Unternehmen zu ermitteln. Dieser soll über Sozialleistungen und Restriktionen entscheiden – entweder gibt es also bevorzugte Behandlung bei der Kreditvergabe oder aber Einschränkungen bis hin zum Ausschluss vom Arbeitsmarkt. So hofft die Kommunistische Partei, eine „Kultur der Aufrichtigkeit“ zu schaffen und eine harmonische sozialistische Gesellschaft zu begründen, die auf gegenseitigem Vertrauen basiert.

„Harmonie?“, mag sich der europäische Leser fragen und gedanklich erleichtert die Kilometer bis nach Peking zählen. Doch internationale Marktmechanismen sorgen dafür, dass Chinas Strategie auch zu uns kommt. Der noch immer rasant wachsende chinesische Markt mit 1,3 Milliarden potenziellen Kunden, steigenden Einkommen und technologischem Fortschritt ist für Firmen in aller Welt höchst attraktiv. Sie sind bereit, ihnen vorgegebene Bedingungen zu akzeptieren, sie errichten Datenserver auf chinesischem Boden und teilen Technologie und Wissen mit der Regierung. Schließlich ist gutes Abschneiden im Ranking essenziell. Was dabei mit unseren Daten geschieht, lässt sich

allerdings kaum nachvollziehen – die Digitalisierung jedenfalls macht nicht Halt an den Landesgrenzen Chinas. Das Gleiche gilt für die chinesische Wirtschaftspolitik, mit der ich mich in meinem Mercator-Jahr bei der OECD beschäftigt habe. Ich leitete ein Projekt zur Investitionspolitik im digitalen Zeitalter und analysierte, in welchen Feldern Unternehmen investieren und vor welche Herausforderungen das die Regierungen stellt.

Dabei wurde eines deutlich: In fast allen Sektoren werden die Investitionen in digitale Fähigkeiten ausgebaut. Daneben ist ein rasanter Anstieg digital getriebener Übernahmen und Fusionen zu beobachten. Das ist zwar ein globales Phänomen, chinesische Unternehmen spielen dabei aber eine prominente Rolle: 2016 war das Land mit 175 Milliarden Dollar für 10 Prozent des globalen Investitionsaufkommens verantwortlich und stieg zum zweitgrößten Investor nach den USA auf. Wichtige Investitionsziele waren die USA, Europa, allen voran Deutschland, und Australien. Dort floss ein wichtiger Anteil der Investitionen in hochspezialisierte Hightech-Firmen – unter anderem als Ergebnis chinesischer Regierungsstrategien. Die „Made in China 2025“-Strategie sieht vor, chinesische „Champions“ in der Hightech-Produktion hervorzubringen und strebt Weltmarktführung in der Künstlichen Intelligenz, bei Big Data und IoT (Internet of Things) an. Firmen weltweit versuchen den digitalen Anschluss zu schaffen, aber nur chinesische Unternehmen werden dazu derart strategisch von staatlicher Seite angetrieben.

In China hält der Staat die Firmen an, den digitalen Anschluss zu schaffen

Neue Debatte über nationale Sicherheit

Harmonie löst dieses Vorgehen allerdings nicht aus. Stattdessen hat das chinesische Investitionsverhalten dazu beigetragen, dass weltweit eine neue Debatte über nationale Sicherheit entfacht wurde, in der die digitale Welt eine zentrale Rolle spielt: Telekommunikation ermöglicht Überwachung, Halbleitertechnologie ist zivil wie militärisch verwendbar, und aggregierte Daten gewähren strategische Einblicke, wie es zuvor nicht möglich war. All dies der Kontrolle chinesischer Investoren zu überlassen, die häufig in staatlichem Auftrag handeln, macht die Regierungen anderer Länder nervös. Nach der Übernahme des deutschen Roboterherstellers Kuka 2016 durch ein chinesisches Konsortium war gar von einem „Ausverkauf“ deutscher Technologien die Rede.

Auch das US-Komitee zur Kontrolle von Auslandsinvestitionen (CFIUS) beschäftigt sich immer wieder mit der Überprüfung chinesischer Technologie-Investitionsangebote. US-Präsident Barack Obama hatte zuletzt die chinesische Übernahme der US-Dependance eines deutschen Halbleiterherstellers blockiert, und Trumps platter Forderung nach Reziprozität könnte man in diesem Fall tatsächlich Gehör schenken: Während chinesische Unternehmen fast überall verhältnismäßig offenen Zugang zu Märkten erhalten, sind ausländische Investitionsströme in China stark reglementiert. Nicht nur bleiben ausländischen Unternehmen bestimmte Sektoren prinzipiell verschlossen, sie müssen auch den Umgang mit den von ihnen erhobenen Daten akzeptieren und häufig ihre Schlüsseltechnologien transferieren, etwa im Rahmen eines Joint Ven-

ture. Auch in der EU hat diese Thematik es auf die höchste Agenda geschafft – Jean-Claude Juncker hat in seiner Rede zur Lage der Nation eine verstärkte Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen innerhalb der EU vorgeschlagen.

Während China strategisch und mit hohem Tempo an der Digitalisierung seiner Gesellschaft, Regierungsführung und Wirtschaft arbeitet, reagieren Staaten weltweit nur langsam auf bereits geschaffene Realitäten. Zwar scheinen die potenziellen Gefahren des chinesischen Verhaltens stärker ins Bewusstsein zu rücken – Strategien, um diesen zu begegnen, gibt es aber kaum. Viele Regierungen befinden sich in einem Dilemma. Einerseits wollen sie offene Märkte ver-

In Deutschland verliert man sich in Debatten über Privatsphäre und Risiken

teidigen, andererseits möchten sie ihre Bürger schützen und im internationalen Konkurrenzkampf nicht den Anschluss verlieren. Gleichzeitig sind viele Verwaltungen weit davon entfernt, das Potenzial digitaler Technologien zu erkennen. Man verliert sich vielerorts in Privatsphäre- und Risikodebatten und startet zaghaft digitale Projekte, ganz, als seien wir nicht längst in einer neuen digitalen Realität angekommen und öffentliche Akteure in der Verantwortung, diese mitzugestalten. Der Privatsektor und Kunden weltweit haben das chinesische Potenzial nämlich längst erkannt. Wir beobachten derzeit eine fundamentale Transformation, die politische Entscheidungsträger nur begrenzt mitgestalten. Dabei stellen die skizzierten Entwicklungen die internationale Gemeinschaft vor eine Reihe drängender Fragen: Wie können wir unsere Bürger und nationale Sicherheit auch im digitalen Zeitalter schützen? Wie können wir eine digitale Ökonomie gestalten, die auf Werten wie dem Recht auf Privatsphäre und Gleichberechtigung basiert? Wie können auch im digitalen Zeitalter offene Märkte und fairer Wettbewerb Bestand haben? Wollen wir darauf Antworten finden, muss die internationale Debatte jetzt beginnen. Dafür ist es notwendig, dass die chinesische Entwicklung in das Zentrum von Wirtschafts- und Politikdebatten rückt. ••

Julia Staudt war in ihrem Kolleg-Jahr in Bogotá, Frankfurt/M. und Paris.

Knotenpunkt globaler Infrastruktur

Der Südkaukasus und die Neue Seidenstraße zwischen China und Europa

Tatiana Kurancheva | In der georgischen Hauptstadt Tiflis sind die neuen Stadtbusse blau, in der armenischen Metropole Jerewan fahren magentafarbene Busse durch die Straßen. Die blauen Busse wurden von der European Bank for Reconstruction and Development finanziert, sie sind energieeffizient und tragen das Logo der Bank, des Eastern Europe Energy Efficiency and Environment Partnership zusammen mit der europäischen Flagge. Auf den Bussen in Jerewan sieht man ein noch relativ unbekanntes Logo: China

Aid. Die Fahrzeuge sind eine Spende der chinesischen Regierung an Armenien – genauso wie 200 neue Krankenwagen, über die armenische Medien vor einigen Monaten berichteten.

Zwischen Tiflis und Jerewan liegen nur knapp 300 Kilometer, doch sobald man die Grenze zwischen Georgien und Armenien überquert, verändern sich Landschaft, Luft und Lebenswelten. Von grünen Hügeln und Tälern im Süden Georgiens kommt man zu schwindelerregenden Gebirgen, die sich durch Armenien bis nach Aserbaidshan ziehen. In dieser Region stoßen seit jeher geopolitische Akteure und Interessen aufeinander.

Heute sind vor allem der Iran, die Türkei und Russland daran beteiligt: Georgien befindet sich seit 2008 im Konflikt mit Russland, der durch die Regionaldispute mit Abchasien und Südossetien ausgelöst wurde; Armenien ist bereits seit 1918 in den Bergkarabach-Konflikt mit Aserbaidshan verwickelt. Die drei südkaukasischen Länder verfolgen nicht nur unterschiedliche regionalpolitische Interessen, sondern auch verschiedene außenpolitische Ziele: So bewirbt sich Georgien seit seiner Unabhängigkeit um einen Beitritt zur EU und zur NATO, Armenien ist seit 2015 Mitglied der von Russland, Weißrussland und Kasachstan gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion, und Aserbaidshan baut seine Wirtschaft auf Erdöl- und Gasexporten auf.

Kritiker beklagen die Undurchschaubarkeit der chinesischen Strategie

Trotz aller Divergenzen und Spannungen ist der Südkaukasus ein Knotenpunkt der globalen Infrastruktur zwischen Asien, Nahost und Europa. Und deshalb sind diese drei Länder wichtig für internationale Finanzinstitutionen, die durch wirtschaftliche Zusammenarbeit die politische Stabilität in der Region fördern wollen. Seit den 1990er Jahren investieren die USA und europäische Länder in den Südkaukasus, unter anderem in die Entwicklung des Privatsektors, in erneuerbare Energien und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Historische Handelswege beleben

Vor wenigen Jahren entdeckte die Volksrepublik China erneut die Bedeutung des Südkaukasus als Verbindungsglied zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer. Ende 2013 kündigte Präsident Xi Jinping das Wirtschaftsprojekt „One Belt, One Road“ an, das auch als Neue Seidenstraße bezeichnet wird. Die Initiative soll die historischen Handelswege über Land und See zwischen China und Europa wiederbeleben und zugleich neue Routen schaffen.

Seither wurden verschiedene Finanzinstitutionen ins Leben gerufen, die Investitionen in die Infrastruktur in Asien, im Mittleren Osten und im Südkaukasus vorantreiben sollen, unter anderem die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB). Die 2014 gegründete AIIB zählt bereits 57 Mitglieder; China, Indien und Russland halten die meisten Anteile und Stimmrechte, Deutschland ist mit einer Kapitalzeichnung von 4,48 Milliarden Dollar der viertgrößte Aktionär der Investmentbank. Aserbaidshan und Georgien gehören ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern, Armenien ist seit März 2017 Beitrittskandidat. Die USA und Japan zeigen bislang kein Interesse an einem Beitritt zur AIIB.